

Wasser in der Landschaft

Vorwort

Seitdem die Abwasserpreise an einigen Orten über 10 DM pro Kubikmeter betragen, gerät die Organisation der Abwasserbeseitigung in die öffentliche Diskussion. Trotzdem setzen mächtige Konzerne und willige öffentliche Hände unbeirrt alles daran, möglichst viele Haushalte im ländlichen Raum - über große Entfernungen - an zentrale Kläranlagen anzuschließen, ohne jedes Gespür für die sozialen Folgen ihrer Investitionspolitik mittels rechtlicher Zwänge. Während die Bevölkerung zahlt, sich ohnmächtig fühlt und an der Demokratie zweifelt, verarmt die Natur aufgrund der problematischen Ökobilanz.

Die nach und nach zu Tage tretenden folgenschweren Konsequenzen sind nur aus Fehlern im Denken, aus Unachtsamkeit gekoppelt mit Gier sowie deren Wirkungsgeschichte auf unsere Wasser(un?)kultur zu verstehen. Trotzdem soll aus Platzgründen in diesem Heft grundsätzlich nur die Notwendigkeit und die Arbeitsweise wirtschaftlicher Anlagen für den ländlichen Raum skizziert werden. Literaturhinweise und Adressen befinden sich im Anhang.

Eine bis in alle Zukunft tragfähige Abwasserpolitik ist nur durch ein ursprüngliches Verständnis des Wassers, vom Regen über die häusliche Nutzung bis zur Rückkehr in die Natur, möglich. Erst auf diesem Fundament kann sich eine von jedem Einzelnen getragene weltweit verantwortbare Gemeinschaft entfalten. Spätestens seit dem Massenerntourismus - wo jeder einzelne ein Botschafter seines Landes ist, ob er will oder nicht - in wasserarme Gebiete, ist das jetzt weit verbreitete, auf Technik und Geld reduzierte Verständnis über das Wasser unverantwortlich, gerade auch in Bezug auf den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Angesichts der fortschreitenden Ausbreitung der Wüsten auf der Erde, leben wir im Lande Brandenburg in einer Superoase. Haben wir erst verstanden, daß an manchen Orten - z.B. Mexico City - heute Wasser teurer ist als Öl, und sich diese Situation für die Menschen unausweichlich verschärft, können wir mit unserer Fantasie und Schöpferkraft heute noch ungeahnte Tätigkeitsfelder entfalten.

Aus der Erkenntnis "Abwasser ist wertvoller als Trinkwasser" schöpft Kunert - der Welt zweitgrößter Strumpfhersteller - Millionen. Was Firmen gelingt, soll Bürgern verwehrt bleiben?

Für weite Teile der Erde ist der Kampf ums tägliche Wasser - des Menschen unersetzliches Lebensmittel - ein Kampf um Leben oder Tod. Die Weltbank forschte über die Abwassersituation auch in der exDDR: „The German Water and Sewerage Sector: How well it works and what this means for developing countries“, Washington 1995. Sind die Bürger so reich, daß sie sich mit deren Ergebnissen nicht beschäftigen müssen? Die Studie kommt zu den folgenden Aussagen:

- Mit wenigen - allerdings bemerkenswerten - Ausnahmen, wurde von den Verwaltungsbeamten zu keiner Zeit die Frage gestellt, ob es eventuell grundlegende Dinge bei den Zielsetzungen und der Struktur des Abwassersektors geben könnte, denen man sich zuwenden müßte.
- Der tschechische Ministerpräsident Vaclav Klaus äußerte sich vor kurzem zum wirtschaftlichen Reformprozeß in Osteuropa. Er weist darauf hin, daß, paradoxerweise, der Reformprozeß in jenem Land - der ehemaligen DDR - am unbefriedigendsten verlaufen ist, wo es eher vorstellbar erschien, die Probleme durch hohe Ausgaben zu lösen als an die Probleme offen und ehrlich heranzugehen.
- Eine Erkenntnis aus den jüngsten ostdeutschen Erfahrungen besteht in der Gefahr, technische und finanzielle Realitäten zu ignorieren, wenn es um eine Reaktion auf legitime und angemessene Forderungen nach einer Dezentralisierung politischer Macht geht.

In diesem Heft werden juristische und technische Lösungen vorgestellt, um einen kleinen Beitrag zur Rechtssicherheit und Kostenentlastung der Kommunen, der Bürger und der Justiz, sowie zu organisatorischen Ansätzen für ein flexibles Abwassermanagement beizutragen.

Die raubbauhafte industrielle Grundwasserverschwendung wird spätestens mit der Klimaveränderung das bisher wasserreiche Mitteleuropa in einen heute kaum vorstellbaren Wassernotstand stürzen. Die noch herrschende, technisch verengte Wasserpolitik ist zukunftsunfähig; muß von einer nachhaltigen Wasserkultur abgelöst werden.

Der Mitautor - der Bundesverband IDA - durchleuchtet seit 1992 bundesweit die kommunale Abwasserbehandlung, richtet Fachtagungen und Informationsveranstaltungen aus, unterstützt Bürgerinitiativen und Vereine, führt Gespräche mit Kommunen, Verbänden, Behörden, Politikern, Planern und Wasserbauingenieuren, unterstützt Forschungsarbeiten und gibt das "Nutzwasser Magazin" heraus.

Naturnahe Abwasserbehandlung in der Spreewaldregion

Sozialverträgliche Lösungen der Abwasserbehandlung, sind ein Ausdruck des unermüdlischen Engagements einzelner, sind Ausdruck des Willens, bessere und vor allem effizientere Lösungen zu erwirken und spiegeln einen einsetzenden Sinneswandel innerhalb behördlicher Institutionen wieder. Leere Kassen beschleunigen diesen Prozeß.

Zahlreiche Abwasserzweckverbände Brandenburgs sind aufgelöst und eine Neuorientierung vieler Gemeinden ist möglich. Die Einsicht in neue Notwendigkeiten wächst mit jeder Mark, die fehlt und trägt zur Neuorganisation der Gesellschaft bei.

Meßergebnisse bestätigen: mechanisch/biologisch arbeitende dezentrale Kläranlagen sind in der Lage, die durch den Gesetz- oder Verordnungsgeber einzuhaltenden Grenzwerte zu erfüllen und übertreffen bestehende großtechnische Anlagen in vielen Parametern bei weitem und das unter energetisch günstigen Bedingungen. Diese Erkenntnis setzt sich mehr und mehr durch, auch bei denen die jedes Dorf über 10 bis 20 km lange Pipelines an zentrale Einrichtungen anschließen würden.

Die Natur als wabenartig, stabil verwobenes Netz mit der ständigen Möglichkeit der Adaption, macht uns vor, wie die Zukunft zu gestalten ist. Dies trifft auch auf dieses milliardenschwere Thema zu. Die Fördertöpfe waren prall gefüllt und viele, die Planungen für gewaltige Bauten anzubieten hatten, waren zur Stelle als es galt, große Klärwerke zu errichten. Scheinbar hatte niemand an die Wirtschaftlichkeit zu denken, da Geld ja da war. Man brauchte es nur auszugeben.

Sicher, viele Kläreinrichtungen waren nötig, um die Situation unserer Gewässer zu verbessern, aber niemals war der Zwangsanschluß von Gemeinden im ländlichen Raum notwendig. Denn deren Abwasserprobleme sind sehr klein verglichen mit anderen Quellen des Stickstoff- und Phosphateintrages. Es gab zu keiner Zeit eine fachliche, soziale oder umweltrelevante Legitimation für Zwangsanschlußbescheide im ländlichen Raum, auch nicht bei offensichtlichen Abwasserbehandlungsmißständen.

Dies erkannten früh Verantwortliche in der Verwaltung der Region des Landkreises Spree-Neiße. Naturnahe Reinigungsverfahren konnten erprobt und in großer Zahl gebaut werden. Man gewöhnt sich an das neue, grüne Beet mit der Fähigkeit aus der riechenden und grauen Brühe klares und geruchloses Wasser aufzubereiten. Die anfängliche Skepsis und Zurückhaltung der Behörden schwindet, nachdem die Vorteile dieser Art der Abwasserbehandlung klar zu sehen sind. Heute sind detaillierte Planungsunterlagen für jedes einzelne Wurzelraumbeet mit Vorreinigung nicht mehr nötig. Die Sozialverträglichkeit, die geringen Kosten, die naturraumangepaßten Bauweise mit hohem Effizienzgrad, der Wegfall großer Rohrleitungssysteme mit ihren aufwendigen Pumpstationen sowie das Entstehen regionaler Kleinbetriebe ist zu offensichtlich. Die Verteilung kleinster Anlagen in der Landschaft und das Versickern des gereinigten Wasser vor Ort sind Vorteile, die der fachlichen Diskussion ein gewisses Maß an Sachlichkeit gegeben haben.

Nicht entschuldbar ist jedoch, wenn immer noch entfernte kleine Siedlungen an Großkläranlagen angeschlossen werden. Wenn allein die Investition in das Rohrleitungssystem mehr kostet als die komplette Technik für die dezentrale Aufbereitung des anfallenden Abwassers. Es darf nicht verschwiegen werden, daß die langen Rohrleitungssysteme mit geringem Durchfluß zu hohen Folgekosten führen. Derartige Fehlleistungen können bei dem heutigen Wissensstand nicht mehr auf eine mangelnde Qualifikation der Entscheidungsträger zurückgeführt werden, sondern auf eine bewußte Interessensteuerung.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren konnten wir 120 mechanisch/biologisch arbeitende Kleinkläranlagen errichten, wobei einige abwasserfrei sind. Abwasserfreie Anlagen die in der Kombination mechanische Reinigung mit biologischer Nachbehandlung und einem Gartenteich errichtet werden, sind nicht nur kostengünstig sondern auch ästhetisch. Die Verdunstung des Wassers über die Vegetation des Schilfröhrichts auf dem Beet sowie innerhalb der Verlandungszonen des Teiches und der Wasseroberfläche verbessern das nahe Kleinklima. Selbst im Winter reicht die Verdunstung aus, um selbst ein unproblematisches Überlaufen zu unterbinden bei Einrechnung ausreichender Stappelhöhen.

Derartige Anlagen bilden ein biologisches Zentrum. Zur Zeit laufen Untersuchungen, welche die Einwanderung von unterschiedlichen Species verschiedener Artengruppen dokumentieren. Besonders in ausgeräumten Landschaften, z.B. durch den Braunkohletagebau, werden gerade die Teich-Kleinkläranlagen zum Magneten für eine Vielzahl von Tieren, die an feuchte und deckungsreiche Bereiche gebunden sind. Schon Teiche ab etwa 100 qm Wasserfläche weisen eine hohe Anziehungskraft auf die lebendige Welt ihres Umfeldes auf. Im ersten Jahr ihres Bestehens erreichen die Biotopstrukturen eine weitgehend vollständige Ausprägung und offerieren so neue, selten gewordene Nischen und Lebensräume.

Der Bau von Kleinkläranlagen aber auch größerer Systeme fordert zu Versuchen und neuen Konstruktionen heraus. Die einschlägige Literatur beschreibt viel über die Erfahrungen weniger, und weiß deshalb in der Regel nicht viel. So kann man vertikal durchströmte Wurzelraumbeete völlig anders konstruieren und bemessen als die derzeit verfügbaren Publikationen beschreiben. Die K-Werte sind eben nicht so eng zu fassen, wie einschlägige Werke hergeben. Schon aufgrund neuer, früher nicht bekannter Werkstoffe und Verfahren, ist es möglich, Anlagen zu errichten, die alles bisher in der Literatur Beschriebene in den Schatten stellen weil sie weit unter den Grenzwerten der Abwasserrichtlinien bleiben.

Im nächsten Jahr versuchen wir einen neuen preisgünstigen Filter auf den Markt zu bringen. Im Gegensatz zu diesen technisch-wirtschaftlichen Herausforderungen, die wir selbst meistern können, müssen sich die behördlichen Institutionen gegenüber kleinen Unternehmen noch weiter öffnen, müssen sensibler werden gegenüber den neuen Herausforderungen und Möglichkeiten. Denn von den Abwasserzweckverbänden in unserem Raum erwarten wir derzeit keinerlei Unterstützung, auch nicht, wenn sie selbst Auftraggeber und Betreiber dezentraler und kostengünstiger Lösungen wären. Das Desinteresse ist aus Gründen der zu erwartenden Erleuchtung zu groß, sodaß es keinerlei Bemühungen gibt an deren

Problempunkten derartige Systeme zu etablieren. Stattdessen hofft man in 10 Jahren noch weitere Dörfer anzuschließen und sei es über 20 km Entfernung nach dem Motto: wo ein Steuerzahler ist, ist auch ein Kanal; wenn auch mit wenig Abwasser im teuren Kanal, daß es buchstäblich zum Himmel stinkt.

Eines der größten Probleme stellen mittlerweile Förderprogramme für Kleinkläranlagen dar. In Brandenburg gab es etwa zwei Jahre lang ein Förderprogramm, das 1998 leider keine Fortführung fand, auch, wenn das Bemühen hierum andauert. Schon im letzten Jahr gab es ein zeitiges Versiegen der Förderquellen, da die Gelder bereits im Februar ausgeschöpft waren. Mittlerweile führt diese Förderpolitik zur Verunsicherung in der Bevölkerung und zur Destabilisierung der in diesem Bereich tätigen Unternehmen. Lieber keine Förderung als angekündigte Förderprogramme. Welch ein Armutszeugnis für die Politik. Fördertöpfe deren Deckel erst nach Mitte des Jahres geöffnet werden können sind halb leer gekocht und die zur Verfügung stehende Zeit, hinein in das Winterhalbjahr, reicht nicht aus, um die entstandenen Einbußen und Rückstände wettzumachen. Bei fehlenden Förderquellen haben wir zumindestens klare Verhältnisse, auf die sich einjeder einzustellen hat. Außerdem kam man unserer Forderung nach weiterer Senkung der Förderhöhe auf 20% nur sehr zögerlich nach. Über die Hintergründe zu spekulieren, ist müßig.

Schlüsselfertige Wurzelraumkläranlagen mit vorgeschalteten Absetzgruben, stellen heute die auf Dauer kostengünstigste Alternative zur zentralen Abwasserbehandlung dar. Sollte es Verfahren geben, die in der Investition für einen Vier-Personenhaushalt etwa 2000 DM tiefer liegen als Wurzelraumbetten samt den dazugehörigen Abscheidern, so werden diese Mehrkosten schon im zweiten Jahr nach Inbetriebnahme wieder hereingefahren, da deren Wartung und Energieverbrauch von den Kosten her zu vernachlässigen sind.

Da in unserem Raum nach dem (westdeutschen) Stand der Technik (als gäbe es hier felsigen Untergrund) zu verfahren ist, hat die Versickerung von Abwasser keine Legitimation mehr, obwohl hier mit einer genügenden Sandüberdeckung zum Grundwasser hin mit einer ausreichenden Reinigung zu rechnen ist. So bleiben die dem Stand der Technik entsprechenden Anlagen konstruktiv und preislich als konkurrenzfähigste Form der Abwasserbehandlung zu etablieren.

Eine Idee war es vor noch 4 Jahren. Heute gibt es kaum mehr Personen, die behaupten würden, über derartige Systeme sei dem Abwasser nicht beizukommen. Je mehr Anlagen genehmigt werden und je mehr Untersuchungsergebnisse vorliegen, um so mehr zeigt sich, wo und wie Schwachstellen abzustellen sind und wie hoch die Reinigungsleistung von Wurzelraumbetten oder ähnlichen Systemen sind. Hier liegen besonders die Teichkombinierten Anlagen weit vor allen anderen Anlagen.

Abschließend läßt sich festhalten das innerhalb der letzten vier Jahre enorme Fortschritte erzielt werden konnten, obwohl die Widerstände der Abwasser-Monopolisten keineswegs gebrochen sind und trotz der Zeit des knappen Geldes kilometerlange Rohrleitungen vergraben werden. Auch wenn das Wühlen im Dreck - heut-

zutage mit Baggern - eine archaische Handlung zu sein scheint, die man nicht ausrotten kann, so sollte es der in uns wohnende Verstand ermöglichen, soziale, wirtschaftliche und ökologische Lösungen zu finden, die auch einfache Bürger überzeugen. Bürgernähe und Demokratie sind offensichtlich im Abwasserbereich bis zum heutigen Tage nur Lippenbekenntnisse vieler Verantwortlicher geblieben, weit entfernt, sich dem wirklichen Leben zu stellen.

Viel mehr Zivilcourage ist nötig, wenn es darum geht, eingefahrene Gleise zu verlassen. Viel mehr Anstrengungen müssen unternommen werden, um denen das Handwerk zu legen, die über Zwänge und nicht über Effizienz, Rationalität und Funktionalität an das Geld des Bürgers gelangen. Leider ist dieser Kampf Davids gegen Goliath ein schwerer aber nicht immer erfolgloser, wie die vielen Anlagen im Landkreis Spree-Neiße beweisen. In den nächsten Jahren werden weitere dezentrale Abwasserbehandlungsverfahren und Einrichtungen einen Marktzugang im ländlichen Raum erfahren. Die leeren Kassen der öffentlichen Hand werden diesen Prozeß beschleunigen. Wir müssen diese Chancen ergreifen, wo immer sie sich bieten, im Interesse der Bürger und unserer unmittelbaren Umwelt.

Frank Hildebrand,
Geschäftsführer der Firma Umweltgestaltung HIKOe GbR, Burg / Spreewald

Abwasserfreie Autowaschanlage mit Deutschem Patent

Die Wolfgang Schenk GmbH in Wittenberg erhielt am 29. April 1996 den "Henry Ford European Conservation Award 1995 / 1996" von der Bundesumweltministerin Angela Merkel überreicht, da deren Wasseraufbereitungstechnik einen 100 % igen Wasserkreislauf ermöglicht. Es entsteht kein Überschußwasser und eine Einleitung in die kommunale Kanalisation ist nicht erforderlich. Abgewaschener Straßenschmutz wird dekontaminiert und ist kein besonders überwachungsbedürftiger Abfall. Eine Entkeimungsanlage sorgt dafür, daß nur absolut keimfreies Wasser der Waschanlage zugeführt wird.

Die gewünschten biologischen Stoffumwandlungsprozesse erfolgen durch Biofilme. Der Festbettreaktor wird als aerober Reaktor betrieben, d.h. die mikrobielle Umsetzung der organischen Schadstoffe zu Kohlendioxid, Kohlenstoff, Wasser und Biomasse findet bei Anwesenheit von Sauerstoff statt. Durch ein sehr hohes Schlammalter im Reaktor werden auch für langsam wachsende und spezialisierte Mikroorganismen günstige Bedingungen geschaffen, um einen biologischen Abbau von Problemstoffen zu erreichen. Zu diesem Zweck wird ein speziell konditioniertes und mit Nährstoffen angereichertes Festbettmaterial verwendet. Das poröse Trägermaterial hat eine hohe spezifische Oberfläche, die den Mikroorganismen als Besiedelungsfläche dient.

Das aufbereitete Wasser wird in einem Reinwasserbehälter gespeichert und steht dem Waschprozeß wieder zur Verfügung. Für den Betrieb der Anlage dürfen nur Pflegemittel verwendet werden, die den biologischen Abbauprozeß unterstützen und nicht gegenteilig wirken.

Was können Brandenburger Bürger und Kommunen von der Rechtsentwicklung in Sachsen-Anhalt lernen?

von Siegbert Mahal, Vorsitzender des Bundesverbandes IDA

Am 18. Mai 1948, anlässlich der hundert Jahrfeier der Nationalversammlung in der Paulskirche sprach Fritz von Unruh in seiner Festrede vom "Willen zur Freiheit", der in einer Gesellschaft von Einzelwilligen herrsche. Dies sei der bürgerliche Rechtsstaat auf dem Fundament garantierter Grundrechte. Den Rahmen sollte die parlamentarische Demokratie bilden, gestaltet von den "besten Söhnen" des Volkes.

Fünfzig Jahre später müssen wir als freie Bürger eines freien Landes feststellen, daß wirtschaftliche Interessen die "Gesellschaft der Einzelwilligen" systematisch zu Trotteln degradiert haben. So prangern Bürgerrechtler in ihrem "Grundrechte Report 98" an, daß die Demokratie nicht mehr von außen oder von den Bürgern gefährdet sei, sondern durch staatliche und bürokratische Institutionen.

Damit komme ich zum Thema - Wasser-Abwasser -, einer exemplarischen Spielwiese bürokratischer Aktivitäten, gekennzeichnet von Unfähigkeit, Unwilligkeit, Ängsten und Versagen. Die Art der Abwasserorganisation in den neuen Bundesländern liefert die Daten der Skandalchronik.

Im Nachhinein betrachtet, stellt die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 für den Staat mit seinen bürokratischen Organisationen den Elchtest dar. Als die Stunde der Wahrheit schlug, stellte sich heraus, daß staatliche Lösungen im wenig kreativen Übertragen westlicher Verfahrensweisen auf die exDDR bestand. Es fand keine Reflexion über die vorgefundenen Lösungen, Strukturen und wirtschaftlich machbare Zielformulierungen für den Abwassersektor statt. Ein Blinder hätte sehen können, daß die Strukturen auf dem Wasser-Abwassersektor - die WAPS - nicht schlecht waren, höchst effektiv arbeiten mit bescheidensten Mitteln. Die jahrzehntelangen Detailkenntnisse vor Ort hätten eine optimale Basis für eine schnelle und kostengünstige Wasserver- und Abwasserentsorgung sein können, hätte man sie mit den entsprechenden technischen und finanziellen Mitteln ausgestattet.

Die WAPS-Strukturen wurden zerstört, ihre Aufgabe in die Hände von politischen und fachlichen Dilettanten und sog. Westexperten gelegt, die das schnelle Geld machen wollten. Ich erwähne nur am Rande, daß bei solchen Vorraussetzungen natürlich die Korruption mitgeschaffen wird. Was das Abwasser angeht, stellt man erstaunt fest, daß ein für großstädtische Agglomeration geschaffenes technisches System auf den dünn besiedelten östlichen Raum übertragen wurde. Diese Systemblindheit ist so eklatant, daß auch die Mitarbeiter der Weltbank sich nicht verkneifen können, dies mit wenig schmeichelhaften Worten zu erwähnen. („The German Water and Sewerage Sector: How well it works and what this means for developing countries“, Washington 1995)

Explodierenden Abwasserbeiträgen folgten Bürgerproteste und juristische Auseinandersetzungen, die zeigten, daß der Aufbau der Verwaltungsjustiz noch nicht

zu den verkrusteten Weststrukturen geführt hatte. Ein sensibler Verwaltungsrichter in Sachsen-Anhalt entdeckte, daß in einem Verfahren um Abwassergebühren der beklagte Verband keine adäquate Rechtsform aufwies. Der Sieg des Klägers führte zur entsprechenden Aufregung bei den Abwasserzweckverbänden. Das Land setzte eine Kommission ein. Es zeigte sich, der überwiegende Teil der Verbände war formaljuristisch nicht korrekt gegründet. Die Betonung liegt auf formal, stand doch die sachliche ökologische und ökonomische Ebene nie zur Debatte. Hätte es sich nicht um staatliche Institutionen gehandelt, sondern um eine normale GmbH-Gründung, wäre die Konsequenz gewesen, daß die Struktur nicht existent und folglich nicht rechtsfähig gewesen wäre, Rechnungen nicht hätten bezahlt werden müssen. Merkwürdig: der Bundesgerichtshof hat die Werbung in Aussiedlerheimen für sittenwidrig bezeichnet und damit verboten, da die Neubürger nicht mit unserem System der Werbung vertraut seien und deshalb leicht übers Ohr gehauen werden könnten. Jedoch keine staatliche Instanz schritt ein, wenn in Abwasserzweckverbänden per Tischvorlage über Investitionsentscheidungen in Höhe vieler Millionen abgestimmt wurde, wo selbst der Zweckverbandsvorsitzende und Geschäftsführer keinen Sachverstand besaßen, geschweige denn die einfachen Mitglieder aus den Gemeinden.

Sachsen-Anhalt erkannte als erstes, daß diese Strategie zu einer gänzlichen Unglaubwürdigkeit der Regierung führt. Da die betroffenen Parteien, deren Funktionsträger eben noch engen Bürgerkontakt hatten und häufig auch hilflos im Zweckverband agierten, dies nicht erlauben konnten, glaubten sie ihr Heil in der Konstruktion eines sogenannten Heilungsgesetzes zu finden. Dieses Gesetz, das die rückwirkende Bildung von Zweckverbänden erlaubte und korrekt als "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit" vom 4.7.96 bezeichnet wurde, mußte bereits am 6.10.97 durch ein weiteres Heilungsgesetz geheilt werden: "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit sowie des Kommunalabgabengesetzes". Die Neuformulierung war notwendig geworden, da sofort Klage gegen das Gesetz beim Verfassungsgericht von Sachsen-Anhalt in Dessau erhoben wurde.

Beide Gesetze werden von Juristen als substantiell fehlerhaft bezeichnet, da sie gegen das rechtliche Prinzip des belastenden Rückwirkungsverbotes verstoßen. Folglich laufen noch Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Fortsetzung der Justizposse ist qualvoll, da ein nicht lebensfähiger Zweckverband nur mit "intensivmedizinischen Mitteln" - sprich: Geld - am Leben erhalten werden kann. Dies sind nicht nur in der Medizin die teuersten Mittel. Trotzdem hat es keine juristische Stabilisierung geschweige Gesundheit der Abwasserzweckverbände gegeben. Stattdessen werden im Haushalt des Landes und in zahlreichen Gemeinden mit Steuermitteln Gebühren subventioniert.

Im Land Brandenburg wurde wenigstens relativ früh nicht nur über dezentrale Anlagen geredet, sondern auch mit einigen Millionen DM gefördert. Meines Erachtens lohnt es sich, über das Land Brandenburg mit seiner dünnen Besiedlung nachzudenken, ob nicht eine Systemanalyse eine wesentliche Erleichterung bringen könnte. Diese Analyse läßt sich auf vielen Ebenen des Landes gleichzeitig beginnen. Die wissenschaftlichen Wege sind vorgegeben. Die Ergebnisse werden

sich rasch einstellen. Rückwirkungen auf Behörden, Gemeinden und Justiz lassen sich mit politisch orientierten Bürgern organisieren.

Das liefe auf eine Statuskonferenz hinaus auf der realistische Ziele formuliert werden, die dann pragmatisch zielorientiert umgesetzt werden, anstatt, daß das Land einige 10 Millionen DM zur Subventionierung des Status quo notleidender Zweckverbände ausgibt.

“Dem Recht muß es um seiner selbst willen nicht nur um den Menschen gehen, sondern auch um Erkenntnis und Beherrschung immer größer und komplexer werdender Machtstrukturen im nationalen wie im transnationalen Bezug. Denn in ihnen versinkt der Mensch immer mehr in einer ihm per Kostenstelle zugeordneten Funktion. ... Dahinter droht ein Recht, daß - justitia ist eben blind - vor allem dem Mächtigen und “Tüchtigen” dient, nicht aber mehr dem Schwachen, dem Zukurzgekommenen. Dieses Recht wird dann getragen von einer Einstellung, die nach dem Motto agiert “jeder für sich und alle gegen alle” - die Zerstörung des Gemein-sinns inbegriffen, jener Bürgertugend, die Basis des Rechts war und bleiben muß, das die Alten “res publica” nannten, wir aber ungefragt zum “Standort Deutschland” degradiert haben. Das “tua res agitur” gebietet nichts mehr - außer einem mitleidigen Lächeln. Das Recht ist beinahe schon zur technizistisch einzusetzenden Doktrin geworden, das vor allem den jeweiligen Interessen dient.”

(Rechtsphilosoph und Strafrechtslehrer Peter Noll)